

Kommentiert

Windkraft
lautmalerisch

Volkhard Paczulla über Geschmack und Geräusche

Es soll Menschen geben, die finden Windkraftanlagen schön. Also, auch vom ästhetischen Standpunkt aus. Die Bockwindmühlen aus alter Zeit, sagen sie, die fänden ja auch alle schön.

Doch oft jenseits von Geschmacksfragen streiten Bürgerinitiativen gegen den neuen Thüringer Trend, immer mehr Windräder in die Landschaft zu stellen. Sie fühlen sich von den Anlagen bedroht. Und das um so mehr, je näher die ihnen auf die Pelle rücken.

Die Landesregierung vermeidet es, sich auf Mindestabstände zu Wohngebäuden festnageln zu lassen. Da sei die Verträglichkeit in jedem Einzelfall zu prüfen, heißt es. Der Grünen-Politiker Olaf Möller, zurzeit Staatssekretär im Thüringer Umweltministerium, kann eine verbesserte Akzeptanz von Windkraftanlagen sogar lautmalerisch darstellen. Wenn sich so ein Windrad dreht und die Anwohner hörten immer nur fffff, fffff, fffff, dann sei die Akzeptanz eher gering, sagt er. Wenn sich das wahrgenommene Geräusch aber wandle in kling, kling, kling, und zwar im eigenen Geldbeutel, dann gerate die Sache deutlich erträglicher.

Auf der Suche nach Akzeptanz für „den Lastesel“ der Energiewende



Mitglieder einer Bürgerinitiative protestierten gestern vor dem Messegelände. Foto: A. Volkman

In Erfurts Messe netzwerken die Akteure der mitteldeutschen Windenergie-Branche. Sie fühlen sich in Thüringen sehr willkommen, seit Rot-Rot-Grün die Flächen für Windräder verdreifachen will.

Von Volkhard Paczulla

Erfurt. Ein Häuflein Windkraftgegner aus Mittelthüringen steht gestern mit Plakaten im Schneematsch und friert. „Diese Aufmerksamkeit hatten wir auch noch nicht“, kommentiert einer im Erfurter Messegebäude das Empfangskomitee. Die Windenergie-Wirtschaft zelebriert zum 4. Mal ihre mitteldeutschen Branchentage.

Windrad-Produzenten, Investoren, Ingenieurbüros, Windpark-Planer und finanzierende Banken – sie alle schauen gebannt auf Thüringen. Wird es das neue Sachsen-Anhalt für die

Branche? Beim nördlichen Nachbarn sollen sich bis zum Jahr 2020 Windräder mit zusammen 6000 Megawatt (MW) installierter Leistung drehen. Die 742 Anlagen, die auf Thüringer Boden stehen, bringen es auf bescheidene 1166 MW. Der Freistaat rangiert damit im hinteren Drittel der Länder.

Aber das soll nicht so bleiben. Die rot-rot-grüne Landesregierung will die Flächen für Windräder verdreifachen, um im Jahr 2040 das Ziel zu schaffen, das Land bilanziell zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Die Windkraft sei bei dieser Energiewende der Lastesel, formuliert Umweltschaatssekretär Olaf Möller in seinem Grußwort an die Tagungsteilnehmer.

Die hören das gern. „Ich bin beeindruckt, dass die Thüringer Politik auf unserer Seite ist“, sagt Hermann Albers, Präsident des

Bundesverbandes Windenergie, zur hiesigen Willkommenskultur für seine Branche. 94 neue Windvorrangflächen in Planung und eine spezielle Servicestelle Wind, das seien schon sehr glaubwürdige Schritte, findet Albers. Leider sei die Energiepolitik in Berlin momentan ein Nebenthema geworden.

In Thüringen nicht. Man stehe vor dem denkbar größten Umweltschutzprogramm in der Geschichte des Landes, erklärt Staatssekretär Möller. Der Ausbau der Windenergie werde allerdings nicht ohne Mitsprache der Bürger erfolgen. Das bedeute Auseinandersetzung, bedeute ein Ringen um Fakten und Argumente. Aus Möllers Sicht gelinge das Mitnehmen der Bürger dort am besten, wo sie selbst auch einen finanziellen Vorteil von neuen Windparks haben. Wer jedoch „irrationale Ängste vor Ort schürt“ und versuche,

billiges politisches Kapital daraus zu schlagen, der helfe dem Land nicht.

Wo der Staatssekretär vage blieb, wurde Frank Groß konkret. Es lasse sich immer wieder beobachten, dass der Widerstand von Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen von CDU-Politikern organisiert werde, verriet der Landesvorstand des Bundesverbandes Windenergie der Deutschen Presse-Agentur.

Den Vorwurf weist der Ostthüringer CDU-Landtagsabgeordnete Stefan Gruhner weit von sich. Bürgerinitiativen würden aus sich heraus gegründet, sagt er. Seine Partei kanalisieren nur die Kritik und trage sie auch in den Landtag.

Der Branchentag dachte gestern über eine „Akzeptanz-Offensive“ nach. Es gebe zu viele Gerüchte und Falschinformationen.

► KOMMENTAR